6. Zusammenfassung

Die Tageszeitungen bilden für den Forscher einen dankbaren Untersuchungsstoff. Die Erforschung des Zeitungswesens wird, je nach Zielsetzung des Betrachters, auf vielen Ebenen betrieben. Den Historikern liefern die Zeitungen Informationen, die ihre wissenschaftlichen Thesen bestätigen bzw. widerlegen. Sie sind stumme Zeitzeugen von Prozessen, Entwicklungen, Meinungen von repräsentativen Vertretern von Gemeinschaften, sie geben Zeugnis von Wandlungen, die sich in Gesellschaften, nationalen Gruppen und Interessengemeinschaften vollziehen. Die Lektüre der Zeitungen aus vergangenen Zeiträumen versetzt den Leser mental in die Vergangenheit, übermittelt den Geist der Epoche, in der die Zeitung erschienen war. Für den Sprachforscher bietet sich die einzigartige Gelegenheit, Strukturen der Sprache zu untersuchen, die für gegebene Sprachgemeinschaften repräsentativ waren. Durch Konfrontation mit dem gegenwärtigen Stand können Schlussfolgerungen über die Sprachänderungen gezogen werden, d.h. über Sprachgewohnheiten, verwendete Sprechhandlungen sowie lexikalische, stilistische und orthographische Besonderheiten, die sich in einer Gemeinschaft bemerkbar machten.

Das Recherchieren in den Jahrgängen der „Danziger Neuesten Nachrichten“ aus zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zwischen den Weltkriegen war mühsam, aber aufschlussreich in Bezug auf die gewonnene Kenntnis über die Stadt an der Mottlau. In den dicken verstaubten Bänden der Jahrgänge ist das Wissen gespeichert, welches zu diversen Überlegungen über den Lauf der Geschichte, sowie über eigene Nation, über die Nachbarn und über Beziehungen der Menschen untereinander, sowohl auf der lokalen, sowie auf der nationalen Ebene anregt. Aus den in Tausende gehenden Exzerpten erschloss sich ein Bild über die Struktur einer Zeitung, die in Danzig durch Auflagengröße und Erscheinungsdauer einen meinungsprägenden Charakter in der Danziger Öffentlichkeit trug. Die Untersuchung der Sprachpolitik der „DNN“ erscheint umso interessanter, als die Sprache ihrer Publikationen die Ansichten der Redaktion und der Stadtvertretung zu den erörterten Problemen aufschlussreich widerspiegelten und potentielle Wirkungen und ihre Folgen für die Beziehungen Danzigs mit dem Ausland erschlossen. Die geschichtlichen Erforschungen geben Aufschluss über die Entwicklung der Ereignisse und sozialer Prozesse, die

sich in der Freien Stadt Danzig vollzogen. Die linguistische, vor allem sprachpragmatische Untersuchung der Presse aus jener Zeit führt den Forscher auf die Hintergründe der geschichtlichen Fakten und auf die Beziehung der Völker und Sprachgemeinschaften nach dem I. Weltkriege zueinander. Die politische Landschaft der Völker Europas nach dem Weltkrieg erscheint in der Publizistik der „DNN“ als eine Sammlung von Staaten, die vor allem ihre Überlegenheit gegenüber dem Ausland demonstrieren wollten und nicht zu einer multinationalen Zusammenarbeit für das friedliche Zusammenleben bereit waren. Hegemonistische Tendenzen der europäischen Westmächte resultieren aus der Sprache der Berichte aus Frankreich, England, Italien, aber auch aus Ländern Mittel und Osteuropas wie Polen oder Russland. Diese Tendenz wurde besonders in der Gruppe der Berichte über das Funktionieren des **Völkerbundes** sichtbar. Aus zahlreichen Darstellungen der Beratungen in Genf schlägt die Sprache der Überheblichkeit der Politiker und expliziter Vertrauensmangel unter Teilnehmern diverser politischer Treffen. Aus der heutigen Perspektive kann man sich kaum vom Gefühl befreien, dass die Handlungen der europäischen Politiker, darunter auch die Sprachhandlungen, durch das allgemein präsente Gefühl der Angst, der Angst vor Nachbarn, die in der Publizistik der „DNN“ nicht als Partner, sondern vielmehr als Gegner betrachtet wurden, gekennzeichnet waren. Die Überzeugung bezüglich einer Gefährdung Danzigs und Deutschlands wurde in den „DNN“ u.a. durch Publikationen ausgelöst, in denen die Verfasser die Nachbarn als vermutliche Aggressoren darstellten, wie aus folgender Graphik ersichtlich wurde:

Abb. 155 DNN, 1.09.1926, S. 2.

In der präsentierten Graphik wurde Deutschland als entrüstetes Land gezeigt, umgeben von unvergleichlich stark ausgerüsteten Ländern im Westen, Süden und Osten, wie ein wehrloses Schaf unter bissigen Wölfen. Ihre suggestive Wirkung führte zur Bildung einer Vorstellung des Landes, dessen Existenzgrundlagen aufgrund des Versailler Vertrags durch die Stärke des Militärs in den benachbarten Ländern aufs Spiel gesetzt wurde. Die Angst vor den Nachbarn, das Gefühl des verlorenen Krieges und der territorialen Verluste im Westen und Osten Deutschlands sowie die sozialen Folgen des Krieges determinierten die Form der Pressebeiträge der „DNN" in den 1920er Jahren. Das nachfolgende Jahrzehnt, markiert durch die Herrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland und Danzig, kennzeichnete eine komparable Beziehung zum Ausland, die in der Deutschen und Danziger Öffentlichkeit durch Angstvorstellungen gestaltet wurde, wie aus folgender Graphik ersichtlich wird:

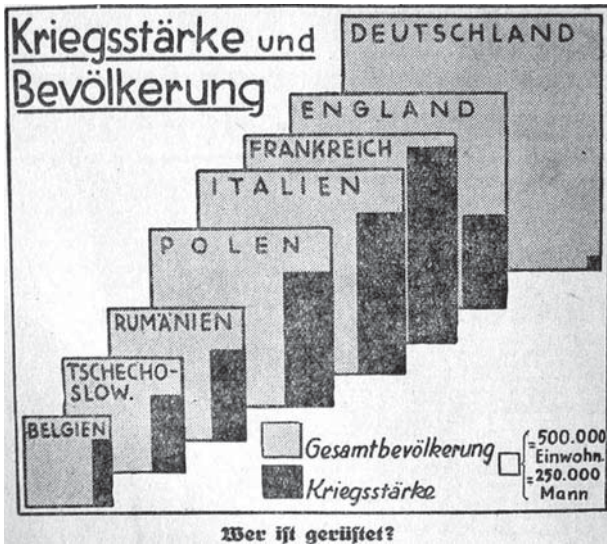

Abb. 156 DNN, 12.02.1934, S.8.

Im publizistischen Material der „DNN" über die **Franzosen** wurden in erster Linie Sprachhandlungen festgestellt, die sich auf Angst vor dem benachbarten Siegerstaat stützte. Die Franzosen wurden von Publizisten und Kommentatoren der „DNN" als „Besetzer, „Aggressoren" diffamiert, die den europäischen Frieden gefährdeten.

Im Kommentar zum präsentierten Diagramm Wer ist gerüstet? äußerte sich der Verfasser mit folgenden Ausführungen zum Versailler Vertrag: Besser als die Gegenüberstellung absoluter Zahle zeigt dieses Schaubild die Unsinnigkeit der Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags. Während das Verhältnis der französischen Kriegsstärke zur französischen Bevölkerung 1:10 beträgt, kommt in Deutschland erst auf 650 Einwohner ein voll ausgebildeter und für den Ernstfall voll ausgerüsteter Soldat. Der Kommentar bestätigt die Auffassung über die Wahr-

nehmung der Franzosen als Feinde, die die Sicherheit Deutschlands und Europas gefährden könnten. Die allgemein präsente Angst nach dem Weltkrieg ließ die Redakteure der „DNN“ in der Beziehung zu den Franzosen, Engländern, aber auch Polen, die in der Vorstellung der deutschen Propaganda als potentielle Angreifer charakterisiert wurden, Sprechhandlungen, wie VERLEUMDEN der Staatsmänner mit abschätzigen Begriffen sowie IRONISIEREN über Bestrebungen der Völkerbundpolitiker zur Erhaltung des Friedens verwenden.

Aufschlussreich erscheint die Recherche von Publikationen, in denen die Beziehung der „DNN“ zu den Danziger bzw. deutschen Nachbarn zum Ausdruck kam. Aus dem publizistischen Material über Frankreich und seine Bürger taucht eine starke Tendenz zur Evaluation der französischen Politiker auf. Die Redakteure der „DNN“ BETONTEN bei Vertretern der französischen Diplomatie ihre Überheblichkeit gegenüber dem Ausland und der Neigung zur Bestechlichkeit bei der Arbeit im öffentlichen Dienst. In der Regel wurden sie mit diversen pejorativen Bezeichnungen beschimpft. Die Berichte über den Ausbau der französischen Militärkraft suggerierten die expansiven Tendenzen im Nachbarstaat, die sich, laut den Korrespondenten der Zeitung u.a. durch die militärische Besetzung des Saargebietes manifestieren sollten. In den Berichten wurde ausdrücklich auf die imperiale Politik Frankreichs hingewiesen, die den europäischen Frieden gefährdete. Die starke militärische Position Frankreichs nach dem Weltkriege sowie die Außenpolitik der Umkreisung Deutschlands durch militärische Bündnisse mit Polen ließen die Vorstellung der Gefährdung durch die großen Nachbarstaaten real werden und wirkte sich auf die Beziehung der Berichterstatter zu den Franzosen sowie auf die Sprache der Berichte und Sprechakte, veranlasst durch Angst vor der Siegermacht und Hassempfindungen gegenüber den Franzosen, aus.

Die Beziehung der Danziger Redakteure zu **Italien** wies weitgehende Unterschiede in der Berichterstattung aus den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts auf. Die Machtübernahme durch die faschistische Partei Mussolinis in Italien 1922 ließ die Berichterstatter die radikale Partei, deren Mitglieder in der Zeitung als Faßis bezeichnet wurden, überwiegend in pejorativer Bedeutung erscheinen. Die Redakteure IRONISIERTEN über die Machtgröße der Faszis und ihres Führers Mussolini durch ZITIEREN seiner Aussagen über seine Großmachtvorstellungen und ZWEIFELTEN die Reformbestrebungen der faszistischen Organe in der italienischen Gesellschaft AN. Die publizistische Ablehnung des italienischen Faszismus als eine Form der Machtausübung konnte aus der langen Tradition des deutschen Parlamentarismus resultieren, die bis in das 19. Jahrhundert hinreichte und sich erst in Form der Weimarer Republik etablierte. Die bürgerliche Gesellschaft Danzigs und Deutschlands wuchs in der Atmosphäre der politischen Freiheit auf und lehnte jeden Versuch der Monopolisierung der Macht ab. Aus dem Grunde stellten die italienischen Faszis für die Danziger Öffentlichkeit eine potentielle Gefährdung der demokratischen Ordnung dar und wurden in der untersuchten Zeitung als Feinde der Demokratie etikettiert. Die publizistische Brandmarkung der italienischen Faschisten, wie sie in den 30er Jahren bezeichnet wurden, dauerte bis in die Mitte der 4. De-

kade, sie wurde also von den deutschen Nationalsozialisten fortgesetzt, wenngleich nicht mehr im sarkastischen Sinne, wie es in den 20er Jahren der Fall war. Die Übernahme vieler Herrschaftsmethoden von den italienischen Faschisten, wie die Einführung des Führerprinzips, die Eliminierung der politischen Opposition, vor allem der Kommunisten aus der politischen Landschaft, die Gleichschaltung der Massenmedien und die Kontrolle über alle Lebensbereiche durch das Regime führten allmählich zur Wandlung in der publizistischen Bewertung des italienischen Diktators. Die Wende in der Bewertung des italienischen Faschismus war politisch motiviert, u.a durch imperiale Absichten der beiden Länder, die in der Gründung eines militärischen Bündnisses zwischen Hitler und Mussolini geäußert hatten. Die stufenweise Aufwertung des italienischen Regimes in den DNN" ging in der zweiten Hälfte der 30er Jahre in eine volle Anerkennung des italienischen Führers über. Die bei Mussolinis Staatsbesuch in Berlin 1937 verwendeten Etiketten wie der geniale Schöpfer des faschistischen Italiens, den Begründer eines neuen Imperiums sind äußerliche Anzeichen jener Aufwertung, die in der Vorstellung des NS-Propagandaapparats zur nationalen Annäherung zwischen Deutschen und Italienern zwecks Realisierung gemeinsamer Ziele führen sollte.

Aus dem publizistischen Material der „DNN" über **Sowjetrussland** ergibt sich eine Charakteristik des Landes, die einerseits durch Verachtung, andererseits durch Respekt vor dem großen Nachbarn gestaltet wurde. Die verwendeten Sprachhandlungen in den Publikationen aus der Sowjetunion weisen Anzeichen der ANERKENNUNG der Stärke des Landes, seine Durchhaltekraft unter schweren Lebensbedingungen seiner Bürger auf. In der Beschreibung der Machtstruktur Sowjetrusslands wurde die Dominanz der Sprachhandlungen festgestellt, mit denen die sowjetischen Führer und die Methoden der Machtausführung einer massiven KRITIK AUSGESETZT wurden. Die negative Bewertung der Sowjets im untersuchten Zeitraum der zwei Jahrzehnte resultiert aus dem Verhältnis der Redakteure der „DNN" mit ihrem bürgerlich-kapitalistischen Wertesystem zur staatlich gesteuerten Planwirtschaft, in der die Kommunistenpartei die Kontrolle über alle Lebensbereiche ausübte. Die Zeitung informierte die Danziger Leser über grauenvolle Lebensumstände der einfachen Bürger, Industriearbeiter und Bauern, die in einer Atmosphäre von Angst und Unterdrückung im Reich der proletarischen Diktatur lebten. Die Beschreibung des schweren Schicksals der Arbeiter in Sowjetrussland, die Mitleidsgefühle auslösen konnte, stand im Gegensatz zur maßlosen Kritik des sowjetischen Systems der Diktatur der Kommunistischen Partei. Die Redakteure der Zeitung BRANDMARKTEN die Rücksichtslosigkeit der kommunistischen Funktionäre in der Bekämpfung der politischen Gegner und in der Einschränkung der Bürgerrechte. Häufiges Motiv in der publizistischen Bewertung war das allgemein werdende Chaos in der manuell gesteuerten Wirtschaft, mit permanenten Problemen in der Versorgung des Marktes mit nötigen Waren. Die Zeitung WIES auf niedrige Arbeitsleistungen, veraltete Technologien in der Industrie und eine fehlerhafte Planung in der Wirtschaft HIN, die als Gründe der Misserfolge des sowjetischen Systems angegeben wurden. In der Darstellung der

sowjetischen Wirtschaft wurde bereits in den 1920er Jahren in der Regel der Ausdruck das „Sowjetparadies“ verwendet, als Anspielung auf die Zielsetzung der bolschewistischen Anführer der Oktoberrevolution 1917, den angestrebten Naturzustand - das Paradies auf Erden -, in dem alle das gleiche Recht auf alles haben, herzustellen. Die ironische Verwendung des Etiketts „Sowjetparadies“ war als Mittel der VERACHTUNG des sowjetischen Systems in der Danziger Öffentlichkeit verwendet worden. Die grauenvollen Beschreibungen des Elends der Menschen in Russland wirkten in der Zusammenstellung mit dem Ausdruck „Paradies auf Erden“ abschreckend und trugen zum Aufbau einer psychologischen Barriere innerhalb der überwiegend bürgerlichen Schichten der Danziger/deutschen Gesellschaft und den Anhängern der revolutionären Umwandlungen nach dem sowjetischen Muster bei. Die Vorstellung der potentiellen Herrschaft von Proletariern in Danzig oder Deutschland, die in den bürgerlichen Zeitungen verbreitet wurde, gehörte zu den Instrumenten des politischen Kampfes mit den ideologischen Gegnern.

Aus der Analyse des Pressematerials der „DNN“ zur **polnischen Anwesenheit in Danzig** ergibt sich eine Struktur von publizistischen Maßnahmen und Sprachhandlungen, mit denen die Meinung von den polnischen Bürgern in der Danziger Öffentlichkeit geprägt wurde. Die identifizierten Gruppen von Polenberichten zeigen eindeutig auf Tendenzen in der Berichterstattung, die die polnische Nationalität überwiegend mit asozialen Aktivitäten zu verbinden. Hunderte von Kriminalberichten, in denen die Täterschaft explizit mit polnischer Abstammung in Verbindung gebracht wurde, lassen keinen Zweifel an den Intentionen der Artikelverfasser, die sich u.a. durch das quantitative Verhältnis der Kriminalberichte mit Beteiligung der polnischen und Danziger bzw. deutschen Täter ausdrückten, bei dem von 10 Kriminalberichten ca. 8 Berichte Danziger Bürger polnischer Abstammung, bzw. polnische Einwanderer als Täter nannten. Ohne auf die Kriminalstatistiken der Freien Stadt Danzig einzugehen, lässt sich die Dominanz der Kriminalberichte mit polnischer Präsenz nicht bestreiten, und diese Art Berichterstattung hinterließ ohnehin mentale Spuren in der Danziger Öffentlichkeit. Das Vertrauen der Danziger zu den polnischen Mitbürgern war zweifelsohne einer harten Probe ausgesetzt und schlug nicht selten in Misstrauen gegenüber Mitgliedern der polnischen Minorität um. Aus der heutigen Perspektive kann die Erklärung der Beweggründe für die konsequente Darstellung der Danziger Polen und Einwanderer aus Polen als potentielle Kriminelle durch die Publizisten der „DNN“ nur einen hypothetischen Charakter tragen und unterscheidet sich je nach untersuchtem Zeitraum. „Die Danziger Neuesten Nachrichten“ wurden in den 1920er Jahren für eine politisch unabhängige Zeitung gehalten und es gibt keine sichtbaren Spuren der Beeinflussung der Zeitungsredaktion durch Danziger Regierungskreise oder andere politische Zentren. Wir können vermuten, dass sich die „DNN“ im untersuchten Zeitraum weitgehend mit den Ansichten des konservativ-bürgerlich orientierten Danziger Senats identifizierte. Die Zurückhaltung des Danziger Senatspräsidenten H. Sahm gegenüber Polen ergab sich aus seinem „po-

litischen Streben in Danzig […], dem Deutschum zu erhalten."[56] Wir dürfen annehmen, dass die Redaktion der „DNN" durch zahlreiche antipolnische Berichte ihre Akzeptanz für die distanzierende Politik des Danziger Senats gegenüber Polen demonstrierte. Anzeichen der polnischen Präsenz in Danzig provozierten die Redakteure zur Verwendung von Sprachhandlungen, mit denen die Danziger Leser in der Atmosphäre der Gefährdung und Dominanz der Polen über Danzig gehalten werden sollten. In den Berichten der „DNN" im 4. Jahrzehnt des XX. Jahrhunderts, die das Charakterbild der Polen zeichneten, sind Sprachhandlungen zu verzeichnen, mit denen negative Charaktermerkmale der polnischen Bürger, wie Brutalität, Grausamkeit, Rücksichtslosigkeit, vor allem in der Beziehung zu Angehörigen der Nazipartei im Vordergrund der Berichte standen. Die Redakteure legten in Überschriften Wert auf die Etikettierung von Tätern mit konnotierenden Bezeichnungen wie *Angreifer*, *Mörder* etc. und provozierten die Leser zum Auslösen ausdrücklich abschätziger Empfindungen gegenüber dem Polentum.

Die Serie der Publikationen zur Frage der **polnischen Post und Eisenbahn** oder des Munitionslagers auf der Westerplatte in Danzig stützt sich auf komparable negativ empfundene Sprachhandlungen , wie BEZICHTIGEN der Polen wegen der eroberischen Absichten gegenüber Danzig oder SUGGERIEREN der Übertretung vertraglicher Befugnisse der Polen in Danzig. Nach der Lektüre hunderter Berichte zur polnischen Anwesenheit in Danzig entsteht der Eindruck einer publizistischen Überempfindlichkeit der „DNN" gegenüber dem polnischen Problem. Die gespannte Atmosphäre um die polnische Präsenz in der Danziger Region ließ sich übrigens nicht nur in den „DNN", sondern auch in polnischen Zeitungen, vor allem in der „Gazeta Gdańska", feststellen, die sich mit den Befugnissen der Danziger Behörden auseinandersetzten. Mit großer Wahrscheinlichkeit lässt sich annehmen, dass die anspruchsvolle Publizistik der polnischsprachigen Zeitungen nicht unbemerkt blieb und die deutschsprachigen Danziger Publizisten zu vergleichbaren Attacken auf die polnische Präsenz animierte. Die Serie der analysierten Artikel zur Deutsch-polnischen Annäherung in den 1930er Jahren, die lediglich als Versuch der Aufbesserung des politischen Klimas zwischen Deutschland, Danzig und Polen durch die nazistisch gleichgeschaltete Redaktion der „DNN" wahrgenommen werden kann, war nicht in der Lage, die explizit negative Vorstellung von Polen auszugleichen. Zwei Jahrzehnte der Publizistik der Diffamierung, Beschuldigung, Verknüpfung mit kriminellen Neigungen, bösen Absichten haben das Vertrauen zur polnischen Minderheit weitgehend erschüttert und eine friedliche Koexistenz zwischen Danzigern und nationalen Minderheiten mit zahlreichen Vorfällen in der Danziger Geschichte belastet.

In der Darstellung der **Ansichten der polnischen Amtsträger und Organisationen** durch die Publizisten der „DNN" wird, parallel zu den desolaten Charakterisierungen der polnischen Charaktereigenschaften, ein Streben nach der Illustration destruktiven Vorgehens und Meinungen von Politikern, Organisationen, Institutionen deutlich, die sich zum deutsch/Danzig polnischen

[56] Neue Detsche Biographie. Menges, Franz et al. (Hrsg.), Berlin 2005, S. 354.

Verhältnis äußerten. Der Leser wurde in diesem Bereich mit hochfrequenten Publikationen der „DNN“ konfrontiert, die den polnischen Staat und seine Organe, seine Ämter als überzeugte Feinde des Deutschtums erscheinen ließen. Der Grund für die häufige Kritik der polnischen Ämter und Politiker durch Publizisten der Danziger Zeitung ist einmal in ihrer fest verankerten Überzeugung vom natürlichen Willen Polens zur Eroberung des Danziger Territoriums, auf der anderen Seite in provokativen Vorfällen auf beiden Seiten der Danzig-polnischen Grenze, die den Danziger und polnischen Zeitungen Nährboden für Spekulationen über die Vorhaben der Gegner lieferten, zu suchen.

Symptomatisch in der Bewertung des Pressematerials gegenüber dem Ausland erscheint, unserer Auffassung nach, die Charakterisierung internationaler Organisationen, darunter des Völkerbundes, durch Publizisten der „DNN“. Der Völkerbund wurde zum Objekt heftiger Angriffe der Publizisten der „DNN“, dargestellt als Instrument der Unterdrückung Deutschlands durch die Siegermächte nach dem Weltkrieg. Vom deutschen Standpunkt aus betrachtet wird dem Völkerbund aufgrund der hegemonistischen Position Frankreichs und Englands, die im Völkerbund die ausschlaggebende Rolle spielen sollten, eine geringe Rolle beigemessen. Unter den zumeist verwendeten Sprachhandlungen in der Beziehung zum Völkerbund wurden die BESCHIMPFUNG der Organisation und der Politiker mit abschätzigen Ausdrücken, das HINWEISEN auf unsinnige Handlungen und Initiativen des Völkerbundes sowie das IRONISIEREN über die Durchsetzungskraft der Beschlüsse des Völkerbundes im Bereich der Danzig-polnischen Beziehungen verwendet. Die Artikelverfasser waren bemüht, den Völkerbund und seine repräsentativen Vertreter in der Danziger öffentlichen Meinung zu DISKREDITIEREN und ihren RANG bei der Lösung von internationalen Problemen HERABZUSETZEN.

Die Struktur der enthüllten Sprechhandlungen bei der Charakterisierung der Politiker des Völkerbundes illustriert die Beziehung der Zeitung zum Ausland, vertreten durch den Völkerbund, in der Zeit zwischen den Weltkriegen die repräsentative Organisation der internationalen Vertretung von Ländern Europas und außereuropäischer Staaten außer den USA. Die Völkerbundpolitiker wurden in der Zeitung zum Objekt von Verleumdung, Bezichtigung, Ironisierung, Diffamierung und diese Tatsache lässt sich unabhängig von der gegenwärtigen Bewertung der Rolle des Völkerbundes in der europäischen Politik, nicht bestreiten. Ohne auf historische Hintergründe einzugehen, steht fest, dass der Völkerbund eine weltweit anerkannte Organisation bildete, die zur Bewahrung des Friedens gegründet wurde. Außerdem lässt sich nicht bestreiten, dass den Bemühungen um die Mitgliedschaft im Völkerbund vonseiten Deutschlands Mitte der 1920er Jahre eine ganze Reihe von Veröffentlichungen gewidmet wurde. Die Verfasser schilderten die Hindernisse auf dem Wege zur deutschen Mitgliedschaft, die von Politikern des Völkerbundes zur Herabsetzung der Rolle Deutschlands in dieser Organisation gestellt wurden.

Der Völkerbund lässt sich aufgrund seiner Zielsetzung gegenwärtig mit der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) vergleichen, die, nach kritischen Stimmen, unter Einfluß der US-amerikanischen Politik steht. Die An-

nahme, dass der Völkerbund unter Einfluß der französischen und englischen Politik stand, ändert nichts an der Tatsache, dass internationale Organisationen wie der Völkerbund oder die UNO, aufgrund der Ziele, für die sie berufen wurden, eine Anerkennung verdienen. In dem Sinne kann eine regelrechte Verwendung von destruktiven Sprechhandlungen zur Ablehnung und Verspottung von internationalen Gremien nur aus dem Kontext der politischen Situation Europas nach dem Weltkrieg erklärt werden. Die Völker Europas haben das Trauma des Weltkrieges erlebt. Einige Staaten, wie Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn wurden nach dem Weltkrieg als selbstständige Staatsorganismen gegründet und waren im Bereich ihrer wiedergewonnenen Autonomie durchaus sensibel. Andere Staaten, wie Frankreich, Italien waren daran interessiert, materielle Verluste nach dem Krieg zu minimalisieren und ließen sich von den besiegten Mächten Kriegsschulden zahlen. Deutschland litt unter den territorialen und finanziellen Verlusten und international auferlegten Einschränkungen und Verpflichtungen. Auseinandergehende Interessen und politische Ziele der Länder Europas hatten eine unüberwindliche Mauer des Misstrauens aufgebaut. Hinter dieser Mauer wurde nur an eigene Interessen gedacht, der Nachbar wurde nicht als Partner, sondern als potentieller Angreifer wahrgenommen. Die allgemein präsente Misstrauensstimmung in der europäischen Politik der 1920er und 30er Jahre hat die Wahl der Sprechhandlungen in der Publizistik der untersuchten Zeitung sowie in der Publizistik der meisten europäischen Länder bestimmt. Misstrauen und Angst vor Nachbarn ließ andere Völker verleumden, verspotten und mit negativen Erscheinungen verbinden, eine Mischung von Handlungen, die mittelbar zur Verschärfung der politischen Atmosphäre und in der Konsequenz zum Ausbruch des nächsten Krieges führte. Erst das Grauen des II. Weltkrieges und die nachfolgende Zeit des Kalten Krieges haben die Völker allmählich zur Besinnung gebracht und einen Weg zur friedlichen Zusammenarbeit erschlossen. Die Verwendung von Sprechhandlungen, die die Diskriminierung von Menschen und Völkern anstrebten, wurde als gefährliches Instrument der Unruhestiftung in diversen internationalen Vereinbarungen untersagt. Europa hat gelernt, die Ängste der Vergangenheit zu überwinden und hegemonistische Machtpolitik in eine Politik des Friedens und der Zusammenarbeit umzukehren, was zur Gründung der Europäischen Union führte, einer Vereinigung von Ländern mit gemeinsamer Sicherheitspolitik, Wirtschaftsführung, gemeiner Währung und offenen Grenzen, einer Gemeinschaft von Staaten, die nach dem I. Weltkrieg viel diskutiert, aber nicht verwirklicht werden konnte.